

GR. Harry POGNER

08.05.2008

A N F R A G E

Betr.: Amtliches Kilomergeld auf 48 Cent erhöhen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die jüngsten Treibstoffpreiserhöhungen treffen die AutofahrerInnen besonders hart. Die Benzin- und Dieselpreise an den Zapfsäulen haben jetzt einen noch nie dagewesenen Höchststand erreicht. Diese enormen Belastungen sind nunmehr so eklatant, dass sich viele AutofahrerInnen den Treibstoff, den sie aber für ihre Mobilität benötigen, bald nicht mehr leisten können.

Im Vergleich zum November des Vorjahres ist Diesel um 27 Cent und Benzin um 22 Cent teurer geworden.

Besonders betroffen sind davon auch jene ArbeitnehmerInnen, die ihr Fahrzeug für den Dienstgebrauch zur Verfügung stellen. Derzeit gibt es mit 38 Cent ein Kilomergeld, welches bei weitem nicht mehr die Kosten für das Fahrzeug deckt. Arbeitnehmer, welche ihr KFZ im Dienstgebrauch benützen, sind also die Draufzahler. Es ist daher unbedingt notwendig, rasch Ausgleichsmaßnahmen zu den steigenden Spritpreisen, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und Kfz-Steuer zu setzen. Eine Erhöhung des amtlichen Kilomergeldes auf 48 Cent (wie sie auch von der Kammervollversammlung beschlossen wurde) wäre daher eine durchaus gerechtfertigte Maßnahme gegen die exorbitant steigenden Preise. Hier muss angemerkt werden, dass das Kilomergeld ohnedies nur für jene Bereiche zur Auszahlung kommt, wo die entsprechende Genehmigung der Amtsleitung vorliegt und es sich bei der Verwendung des Fahrzeuges um das private KFZ des Bediensteten, genehmigt für den Dienstgebrauch, handelt.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP GR-Clubs die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, mit dem Finanzminister Kontakt aufzunehmen, um ihm das dringende Ersuchen der Erhöhung des amtlichen Kilomergeldes auf 48 Cent näher zu bringen.

GR. Mag. Andreas MOLNAR

08.05.2008

A N F R A G E

Betr.: Verunglimpfung des Buddhismus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ende April befand sich auf der Internetseite der kommunistischen Partei Österreichs auf der Startseite eine Bildmontage, die den Dalai Lama mit einem Hitlerbart vor einem Hakenkreuz zeigte.

Im beistehenden Text wurden der Dalai Lama und seine Anhänger in Europa mit der rechtsextremen und antisemitischen Szene in Verbindung gebracht.

Dieses Bild mit beigefügtem Text verletzt eindeutig die Gefühle der in Österreich und in Graz lebenden Buddhisten und verunglimpft die in Österreich offiziell anerkannte Religionsgemeinschaft. Was, wie wir wissen, laut StGB in Österreich ein schwerwiegendes Delikt ist.

Daher stelle ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e,

ob Du bereit bist, diesen Vorfall vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz beurteilen zu lassen.

Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 8.5.2008

von Gemeinderat Dr. Gerhard Wohlfahrt

Betrifft: Containeranlage für eine Freiwillige Feuerwehr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Stadtsenatssitzung vom 25.4.2008 wurde die Überführung der gemeindeeigenen Containeranlage zur Feuerwache Graz-Süd und die Adaptierung der selbigen beschlossen.

In diesem Zusammenhang stellen sich viele offene Fragen: Ein paar seien hier angeführt: Dienen die Container dem Aufbau einer Freiwilligen Feuerwehr in Graz? Ist hier vielleicht gar ein Systemwechsel in Richtung freiwilliger Feuerwehr geplant?

Ist eine Containeranlage mit den Klimaschutzziele der Stadt Graz vereinbar? Ich persönlich vermute, dass die Containeranlage von der Wärmedämmung her nicht der Energieeffizienzklasse A für Gebäude entspricht.

All diese Fragen hätte ich viel lieber im zuständigen Ausschuss gestellt – aber das Stück war in keinem Fachausschuss, weil es als Stadtsenatsstück behandelt wurde. Neben diesen inhaltlichen Fragen stellen sich somit auch juristische Fragen zum Statut der Stadt Graz:

Warum war das Stück nicht im Gemeinderat? Geregelt ist die Zuständigkeit im § 45 Z 5 unseres Statuts.

Die Gesamtkosten der Containeranlage betragen rund 1 Mio. Euro und setzen sich aus geplanten Ausgaben von 701.000 Euro und einem Eigenbeitrag der Feuerwehr in Höhe von rund 300.000 Euro zusammen. Der Eigenbeitrag der Feuerwehr wird in Form von Eigenleistungen erbracht werden. Mit den Gesamtkosten von 1 Mio. Euro sind ganz offensichtlich alle Grenzen des § 45 des Statuts überschritten, das Stück müsste im Gemeinderat beschlossen werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, warum zählen Sie die Eigenleistung der Feuerwehr nicht zu den Gesamtkosten des Projektes? Meines Wissen werden Eigenleistung innerhalb der Stadt Graz üblicherweise sehr wohl berücksichtigt, beispielsweise zahlen die

Kindergärten für das Essen der Zentralküche, werden Leistungen zwischen Abteilungen sehr wohl berücksichtigt.

Wenn Sie die Eigenleistung zu den Projektkosten dazurechnen, überschreiten Sie mit Sicherheit jene Wertgrenze, die das Stück gemeinderatspflichtig macht.

Noch ein Aspekt ist von Interesse: Sind Sie sicher, dass die Übersiedlung der Containerlage und deren Renovierung als Umbau eines Gebäudes zu werten ist? Sollte die Übersiedlung als Werkvertrag zu werten sein, oder die Containeranlage eine bewegliche Sache sein, dann wäre das Stück ebenfalls gemeinderatspflichtig.

Und was wird passieren, wenn es zu einer Kostenüberschreitung von nur 1 Prozent kommt? Dann überschreiten alleine die direkt ausgewiesenen Ausgaben – sprich die Ausgaben ohne Eigenleistung – die Wertgrenzen des Statutes der Stadt Graz. Soll dann der Gemeinderat das fast fertige Projekt im Nachhinein beschließen?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meines Erachtens hätte dieses wichtige Projekt der Stadt Graz mehr Transparenz und mehr Offenheit verdient – und einen zuvor diskutierten, offen erkennbaren Gemeinderatsbeschluss.

Danke.



*Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus*

*Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>*

Anfrage an Bürgermeister Mag. Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 8.5.2008
von Gemeinderat Heinz Baumann

Betrifft: Männer gegen Gewalt und für Gleichstellungspolitik

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Mit Verwunderung und Entsetzen musste ich im Falter und im Standard über Ihre Unterstützung der Thesen von Walter Hoffmann bezüglich der Unterlegenheit des weiblichen Geschlechts gegenüber dem männlichen lesen. Keine Grundannahme rechtfertigt Vergewaltigung und Unterdrückung durch Männer.

Gleichstellungspolitik braucht fundierte Ausgangsbasen und Theorien. Es gibt viele Theorien über Männlichkeiten / Weiblichkeiten und Geschlechterunterschiede. Warum stützen Sie sich auf diese Theorie?



Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus

Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>

Anfrage an Bürgermeister Mag. Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 8.5.2008
von Gemeinderätin DIⁱⁿ (FH) Mag.^a Daniela Grabe

Betrifft: Unterordnung von Frauen und Gleichstellungspolitik

(Sehr geehrter) Herr Bürgermeister
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Auch ich habe Ihre Thesen im Falter und Standard mit Bestürzung wahrgenommen,
daher die Frage:

Aus welchem Grund und mit welcher wissenschaftlichen oder/oder ideologischen Grundlage unterstützen Sie Aussagen wie jene von Herrn Walter Hoffmann bezüglich der Unterlegenheit und des Ausgeliefertseins von Frauen gegenüber Männern, die eindeutige Formen von Gewalt - und zwar im von Herrn Walter Hoffmann und Ihnen angesprochener bzw. kommentierter - sexualisierter Gewalt **als biologisch vordefiniert** ("biologische Unterlegenheit", "das schwächere Geschlecht", "aufnehmendes Sexualorgan" vs. "Kampforgang") darstellen und damit **verharmlosen** und was verstehen Sie inhaltlich und in Bezug auf politischen, rechtlichen und anderem Handlungsbedarf unter dem Begriff **"sexualisierte Gewalt"**?

Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 8. Mai 2008
von Gemeinderat **Heinz Baumann**

Betrifft: Handygebot

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
angesichts der vielen Pressemeldungen zum Thema Handyverbot bzw. –gebot in den
Beförderungsrichtlinien der GVB möchte ich die konkrete Bestimmung vortragen:

*In den Fahrzeugen ist das Lärmen und Musizieren – auch mit elektronischen Geräten –
verboten. Mit Rücksicht auf andere Fahrgäste besteht in den Fahrzeugen das Gebot, mit
Mobiltelefonen das Telefonieren zu unterlassen und nur die zusätzlichen Funktionen des
Handys (SMS, Internet, Kalender, Spiele etc.) im Lautlos-Modus zu nutzen.*

Dem Namen nach handelt es sich zwar um ein Gebot, in der Wirkung unterscheidet es
sich jedoch nicht von den im selben Absatz genannten Verboten.
Ebenso wird im öffentlichen Sprachgebrauch, beeinflusst von den Medien, seitens der
Grazerinnen und Grazer von einem „Handyverbot“ gesprochen.

Sehr oft wurden vermutlich nicht nur wir vom Grünen Gemeinderatsklub darauf
angesprochen, dass dieses Gebot eine große Einschränkung der persönlichen Freiheit
bedeutet was von Ihrer Partei, der ÖVP, an sich ja nicht gewünscht wird.

Gerade auch selbstständig erwerbstätige Personen teilten mir mit sie nutzen die Zeit der
Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, um wichtige Telefonate zu erledigen.
Ein Verbot zu telefonieren bzw. das Gebot das Telefonieren zu unterlassen stellt
möglicherweise auch eine Verzerrung des Wettbewerbes zwischen den GVB und der Fahrt
mit einem PKW dar, denn in PKWs ist es, bei Verwendung einer Freisprechanlage, sehr
wohl erlaubt zu telefonieren.

Da Sie, werter Herr Bürgermeister, sehr richtig erkannt haben, dass der Umweltschutz
für uns alle eine große Rolle spielen muss, kann es nicht in Ihrem Sinne sein den
umweltfeindlichen motorisierten Individualverkehr gegenüber den umweltfreundlichen
öffentlichen Verkehrsmitteln zu bevorzugen.

Eltern haben mir berichtet, dass für sie der Kontakt zu Ihren Kindern auf dem Weg von
der Schule nach Hause bzw. zu ihrer Nachmittagsbetreuung sehr wichtig ist. Es ist
einzusehen, dass Kinder während des Unterrichtes nicht telefonieren dürfen. Umso
wichtiger ist jedoch der Kontakt zu den Eltern nach der Schule und dieser findet eben
auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Form von Telefonaten, statt.

Gleichwohl teile ich Ihre Ansicht, dass die Stadt Graz im Bereich Lärmschutz für Ihre Bürgerinnen und Bürger aktiv sein muss. Vorrangig ist dabei jedoch auf eine Eindämmung des Lärmes, den der motorisierte Individualverkehr verursacht, bedacht zu nehmen. Die Einschränkung des Telefonierens in den Linien der GVB ist vielleicht ein Mosaiksteinchen im Bereich Lärmschutz und uns berichteten auch einige Fahrgastinnen und Fahrgäste, dass es ruhiger geworden ist, jedoch gibt es auch die zuvor genannten Situationen, in denen das Telefonieren angebracht ist.

Auch der gesundheitliche Aspekt, der Schutz vor Strahlenbelastung, ist uns Grünen ein großes Anliegen, wie der Dringliche Antrag an den Gemeinderat von der Grünen Klubobfrau Sigi Binder in der Sitzung vom 13.10.2005 belegt. In diesem Antrag verweist Sigi Binder auf Studien, die einen Zusammenhang zwischen lange andauerndem Telefonieren und einem erhöhten Risiko bei der Entstehung von Tumoren im Kopfbereich belegen.

jedoch befürchten wir, dass sich die Belastungen durch das Handygebot in den GVB lediglich in einen anderen Bereich verschieben, aber nicht verringern lassen.

Einem Ersuchen an die Bevölkerung, Handys in öffentlichen Verkehrsmitteln möglichst eingeschränkt zu verwenden, verbunden mit einer sympatischen „Pickerlaktion“, um die Benutzerinnen und Benutzer der GVB zu sensibilisieren, können auch wir zustimmen.

Bedenken kommen uns jedoch, wenn das Telefonieren in den GVB zu Sanktionen führen kann.

In den Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der Grazer Stadtwerke AG, zu der die GVB gehören, steht in Teil III, Z 5 f ganz Allgemein:

„Ausgeschlossen von der Beförderung sind Personen, welche die vorgeschriebene Ordnung nicht beachten...“

Für uns liest sich das so, als könnten Leute, die in den GVB telefonieren des Verkehrsmittels verwiesen werden.

Dies würde die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger übermäßig einschränken und auch zu einer unzumutbaren Mehrbelastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GVB führen.

Aus diesem Grunde richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage

ob Sie sich in Ihrer Funktion als Bürgermeister sowie in Ihrer voraussichtlich zukünftigen Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Grazer Stadtwerke AG, zu der die GVB gehören, dafür einsetzen werden, dass die Beförderungsbedingungen dahingehend präzisiert werden, dass das Telefonieren nicht zu einem Ausschluss von der Beförderung oder sonstigen Sanktionen führt?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 8. April 2008

Gemeinderätin: Klubobfrau Ina Bergmann

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Bäderpreise in den städtischen Freibädern und Hallenbädern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der letzten Gemeinderatssitzung im April dieses Jahres wurde ein gemeinsamer Dringlicher Antrag bezüglich der Senkung der Eintrittspreise in die städtischen Schwimmbäder, einstimmig beschlossen. Erfreulicherweise gab es von Seiten der Grazer Freizeitbetriebe GesmbH schnell eine Reaktion und die Preise für Kinder und Jugendliche wurden geändert.

Leider blieben die Eintrittspreise für Erwachsene und auch die Saisonkarten unverändert hoch. Dies trifft jedoch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Bäderbenützern, wie zum Beispiel Pensionisten unter 60 Jahren und Menschen mit einer Invaliditätspension die nicht in den Genuss von Ermäßigungen kommen. Gerade diese Gruppe von Menschen bevölkern die Schwimmbäder auch an Wochentagen, wo Berufstätige und Familien nur spärlich anwesend sind und haben in den meisten Fällen mit einem kleinen Einkommen zu kämpfen.

In der Zwischenzeit hat auch das Schwarzl Freizeitzentrum vor den Toren der Stadt, die Preise gesenkt und wird wahrscheinlich zusätzlich Grazer Bäderbesucher abwerben. Bei einem Preisunterschied von €71.- (Saisonkarte Schwarzl FZ kostet € 75.-, Grazer Bäder € 146.-) ist dies nicht schwer nachzuvollziehen. Da werden auch angebotene Events und diverse Attraktionen in den Grazer Bädern nicht zusätzlich besonders viele Gäste anlocken.

Die Frage, ob halbleere Bäder mit hohen Eintrittspreisen oder volle Schwimmbäder mit niedrigeren Preisen wirtschaftlicher sind, wäre sicherlich zu hinterfragen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind sie bereit sich bei der Grazer Stadtwerke AG dafür einzusetzen, dass die Preispolitik bezüglich der Grazer Schwimmbäder nochmals überdacht wird.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 8. April 2008

Gemeinderat: Christian Sikora

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Volksschule Gösting

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eine gefährliche Situation in Punkto Schulwegsicherung ergibt in der Volksschule Gösting, Anton-Kleinoscheg Straße 44 in 8051 Graz, folgende Situation:

Seit der provisorischen Besetzung der Schule mit Herrn Leiter Armin Czubik haben die Schüler der Volksschule, die verkehrstechnisch früher von auswärts zur Schule kommen, nicht mehr die Möglichkeit, bis zum Beginn der Schule diese etwas früher zu betreten um darin gefahrlos auf den Schulbeginn zu warten.

Die Schüler müssen nun vor der Schule neben der in der Früh sehr stark befahrenen Anton-Kleinoscheg Straße auf den Einlass in das Schulgelände warten. Vom provisorischen Leiter wird dies mit dem Argument begründet, dass er so früh kein Aufsichtspersonal zur Verfügung stellen kann, da dieses bezahlt werden müsste. Verhandlungen mit dem Elternverein sind zwar im Gange, eine Lösung wurde aber vom provisorischen Leiter erst für den Herbst des Schuljahres 2008/09 in Aussicht gestellt.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, diese für die Schüler der Volksschule Gösting gefährliche Situation in Punkto Schulwegsicherung abzustellen und eine sofortige Entscheidung zu treffen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 8. April 2008

Gemeinderätin: Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Zeitliche Verlängerung der Buslinie 30

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Während der Fußball-EM finden in der Innenstadt 2 große Public-Viewing-Events statt, die von tausenden BesucherInnen frequentiert werden dürften. Neben anderen Fragen, die vor allem die AnrainerInnen treffen, ist auch die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr ein Problem.

Die Bezirksvorsteherin des 1. Bezirks, Frau Ludmilla Haase, hat deshalb den Vorschlag gemacht, dass die innerstädtische Buslinie 30 während dieser Zeit (also vom 7. bis zum 29. Juni) auch in den Abendstunden bis zum Ende der jeweiligen Spiele verkehren sollte.

Die GVB ist unseres Wissens bereit – bei entsprechender Finanzierung durch die Stadt Graz – diesen Vorschlag aufzugreifen

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Verkehrszeiten der Linie 30 während der Zeit der Fußball-EM ausgedehnt und auch andere Maßnahmen gesetzt werden, um für BesucherInnen der Public-Viewing-Veranstaltungen ein attraktives Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel zu machen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 8. April 2008

Gemeinderat: Christian Sikora

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Fußball Euro 2008 Auswirkungen auf Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Euro 2008 in Österreich und der Schweiz beginnt in genau 30 Tagen am 7. Juni 2008 mit dem Eröffnungsspiel Schweiz gegen Tschechien. Am darauf folgenden Tag findet im Klagenfurter Wörtherseestadion das erste Gruppenspiel der Gruppe B Deutschland gegen Polen statt. Am 12. Juni folgt in Klagenfurt das Gruppenspiel Kroatien gegen Deutschland, am 16. Juni dann das Spiel Polen gegen Kroatien ebenso in Klagenfurt. Alle Spiele dieser Gruppe werden von der Exekutive aufgrund extrem gewaltbereiter Fangruppen als Risikospiele eingestuft.

Wenn auch Innenminister Platter bekräftigt, er wolle die größte je in Österreich stattgefundenen Veranstaltung sicher, friedlich und unvergesslich mit dem größten je gesehenen Polizeiaufgebot von 27000 Polizisten über die Runden bringen, so gebe ich zu Bedenken, dass sich diese Äußerung in erster Linie nur auf die Austragungsorte Wien, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt bezieht.

An die 1000 steirische Polizisten, davon allein weit über 100 Polizisten aus Graz, werden während der Fußball-Europameisterschaft ihren Dienst in Klagenfurt verrichten. Für Graz bedeutet das dann eklatante Sicherheitsrisiken, so wird während der EURO ab Mitternacht die Zahl der Polizeiinspektionen im Grazer Stadtgebiet quasi halbiert - was so viel heißt, dass aus zwei Wachzimmern in der Nacht de facto eines wird und Polizisten auf Streife dann zwei Rayons abfahren müssen. Schon jetzt aber passieren im Grazer Stadtgebiet täglich zwischen 50 und 100 Straf- und Gewalttaten!

Graz als geographisch zentral gelegene Stadt zwischen Wien und Klagenfurt wird einen Ansturm von polnischen- und kroatischen Fangruppen zu erwarten haben, sehr viele von ihnen sind gewaltbereit!

- 2 -

Ich möchte dazu noch feststellen, dass während der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, die von allen Experten im Vorfeld als friedlich gepriesen und eingestuft wurde, über 9000 gewaltbereite Fans festgenommen und über 500 Polizisten verletzt wurden!

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Welche Maßnahmen haben Sie gegen die zu befürchtenden Eskalationen im Grazer Stadtgebiet getroffen, die dazu führen, dass zusammen mit den Einsatzkräften der Exekutive, der Feuerwehr und den Rettungskräften die Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Graz, 07.05.2008

Betreff: Reptilienfachmann Hubmann, mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Kurier vom 23. April 2008 war auf Seite 13 zu lesen, dass der bekannte Reptilienfachmann Herr Hubmann einen Prozess gewonnen hat. Wie oftmaligen Medienmeldungen zu entnehmen ist, nimmt die Haltung von gefährlichen und giftigen Tieren in privaten Haushalten in der Landeshauptstadt Graz zu. Offenbar benötigen immer mehr Menschen im Zeitalter der kollektiven Langweile den ultimativen Kick, Gifttiere ihr Eigen zu nennen. Es gehört leider auch für einige Grazerinnen und Grazer zum guten Ton, zu Hause Klapperschlangen und Kobras als Haustiere zu halten. Ich persönlich trete grundsätzlich für ein Verbot der Haltung von Gifttieren in privaten Haushalten ein. Leider haben weder der Bundesgesetzgeber noch der Landesgesetzgeber den Mut diese Entscheidung im Sinne der Allgemeinheit zu treffen.

Der Grazer Reptilienfachmann Herr Hubmann wird immer wieder zu Einsätzen gerufen, die im Zusammenhang mit giftigen Tieren stehen. Sowohl Feuerwehr, Rotes Kreuz und Bundespolizei greifen im Bedarfsfall auf seine umfassenden Kenntnisse zurück.

Im oben erwähnten Artikel im Kurier wird Herr Hubmann zitiert, dass die Stadt Graz bei ihm Verbindlichkeiten in beachtlicher Höhe aufweist.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob es den Tatsachen entspricht, dass die Stadt Graz bei Herrn Hubmann Verbindlichkeiten aufweist, wenn ja, in welcher Höhe und wie ist eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Graz und Herrn Hubmann vorgesehen.